

Abstufung für den „Mann, der sich nun anschickt, bundespolitische Verantwortung zu übernehmen“.

Andererseits: Die normative Kraft des Faktischen beginnt zugunsten Engholms zu wirken. Dem – was die Kanzlerkandidatur anbelangt – vorerst selbsternannten Funktionsträger fliegen neue Freunde zu. So bekennt jetzt in Itzehoe gar der Fraktionsvorsitzende Klose, daß er keineswegs „für irgendeinen, sondern gezielt für den Björn“ zum einstweiligen Trouble-shooter geworden ist. Und er fühlt sich über diesen Coup „sehr glücklich“.

Für „den Lübecker“ (Willy Brandt) spricht außerdem, daß die Partei nach dem Zusammenbruch nahezu aller Sozialismus-Modelle nicht nur programmatisch ausgelautet scheint: Sie bemüht sich auch, gegen einen Bonner Regierungschef anzurennen, der selbst nach Auffassung des Lafontaine-Intimus Reinhard Klimmt „in weiten Teilen SPD-Politik betreibt“. Also braucht sie „den Typus, der der Bevölkerung den Status quo in einer eleganteren Form garantiert“, folgert Gerhard Schröder.

Und der Saarländer versteht die Welt nicht mehr. Nach eigenem Dafürhalten immer richtig gelegen zu haben und nun doch ziemlich außen vor zu sein, drückt auf die Psyche. „Der müßte vielleicht mal sein Herz ausschütten“, rät Engholm dem strapazierten Parteifreund – er sagt das wirklich fürsorglich, ohne Hintergedanken.

So redet einer, der seine Power vor allem daraus bezieht, daß er mit sich und der von ihm vertretenen Politik weniger gnadenlos umgeht als der apodiktisch verhakte Kontrahent. Vorbei ist für den Kanzlerkandidaten die Zeit, „in der Programme die Welt festgeschrieben haben“. Unbefangen entwickelt er seine Konzeption der „variablen Brückenbauten, die man auch mal an anderer Stelle errichten kann“.

Der SPD-Steuermann beschreibt seinen Kurs, der dem Kurs des Rivalen zuwiderläuft. Alles, was danach aussieht, daß Sozialdemokraten die Macht durch stupide Verweigerung zurückzugewinnen suchen, geht ihm gründlich gegen den Strich. Gerät das vereinigte Deutschland ökonomisch, wie absehbar, noch tiefer in die Stromschnellen und verlangt die Lage nach Beweisen nationaler Verantwortung („Stichwort: Große Koalition“), wird er schlimmstenfalls auch dafür plädieren.

Oskar Lafontaine wäre wohl lieber, das alles umarmende Nordlicht gäbe vorher auf. „Ich arbeite nicht dran, dem Engholm eine reinzudrehn ... aber wenn er kommt und sagt, er will nicht mehr, mach' ich's.“

Da schmunzelt der Björn. Und behält dabei die Pfeife im Mund.

FDP

## Gelegentlich unklug

Streit unter Deutschlands Freidemokraten: Soll die Partei des Austro-Rechten Jörg Haider aus der Liberalen Internationale gefeuert werden?

Nach einem TV-Talk in Wien über die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) plagten die deutsche Liberale Hildegard Hamm-Brücher, 71, am Dienstag vergangener Woche „nur noch Alpträume“.

Das prominente FDP-Mitglied Hamm-Brücher, die „große alte Dame

Britten Herbert Louis Viscount Samuel und dem Südafrikaner Jan Christiaan Smuts gegründet worden.

Der Hamm-Brücher-Antrag, so steht zu erwarten, wird einen Streit um das Verhältnis der FDP zur FPÖ anfachen, der seit langem schon schwelt. Denn anders als Hamm-Brücher sind viele in der FDP-Führungsspitze dem Rechtspopulisten Haider durchaus gewogen.

Der Mann, dessen Partei zur zweitstärksten politischen Kraft im Wiener Parlament geworden ist und der jüngst wieder als Fraktionschef in das Bundesparlament einzog (SPIEGEL 11/1992), kann Wahlerfolge vorweisen. Das geht deutschen Marktliberalen offenbar über alles.

Parteichef Otto Graf Lambsdorff pflegt als Vorsitzender der LI Kontakte nach Österreich und lobte auch schon

Haider, dessen Partei zur zweitstärksten politischen Kraft im Wiener Parlament geworden ist und der jüngst wieder als Fraktionschef in das Bundesparlament einzog (SPIEGEL 11/1992), kann Wahlerfolge vorweisen. Das geht deutschen Marktliberalen offenbar über alles.

Wenn der Alpen-Demago gegen Staatswirtschaft und Bürokratie anstänkert, dann „macht das vielen Liberalen einfach Spaß“, weiß ein Referent im Bonner Thomas-Dehler-Haus. Die mit Nazi-Vokabeln gespickte Rhetorik („Endlösung der Bauernfrage“) und die rassistische Stimmungsmache („Sozial-schmarotzer“) des österreichischen Ex-Burschenschafters bewertet FDP-Sprecher Goebel milde als „gelegentlich unkluge Äußerungen“.

Vergangene Woche allerdings mußte auf Druck Lambsdorffs der FDP-Ortsverband Stuttgart-Bad-Cannstatt eine für den Landtagswahlkampf geplante Veranstaltung mit Haider (Thema: „Liberale Perspektiven für Europa“) absagen. Ortsvorsitzender Hans Manfred Roth hatte ausgerechnet mit dem Österreicher „einen Farbtupfer“ in den grauen Landtagswahlkampf bringen wollen.

Lambsdorff befürchtete, der Auftritt könne der Südwest-FDP (5,9 Prozent), die um den Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag bangen muß, am 5. April das Wahlergebnis verhaseln. Wer sich wie Haider als „legitimer“ Erbe von Franz Josef Strauß bezeichne, argumentierte der Graf, könne bei der FDP nicht im Wahlkampf auftreten.

Ein für Ende März in Konstanz geplantes Treffen von FDP-Präsidiums-



Profil-Titel über Haider

„Liberale Perspektiven für Europa“

des deutschen Liberalismus“ (Österreichisches Fernsehen), hatte die Gruppierung um den stramm rechts gerichteten Jörg Haider, 42, als Partei des „Führerkults und innerparteilichen Terrors“ empfunden. Mit Haider, der zum „Marsch auf Wien“ aufgebrochen ist (so das österreichische Magazin *Profil*), will die Freidemokratin nichts gemein haben.

Ende dieses Monats will sie daher im Bundeshauptausschuß der FDP, dem wichtigsten Gremium zwischen den Parteitag, den Rausschluß des Austro-Rechten aus dem Bündnis der Liberalen Internationalen (LI) beantragen. Die LI ist 1947 von prominenten Liberalen wie dem Deutschen Theodor Heuss, dem

mitgliedern mit FPÖ-Chef Haider, der FPÖ-Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl, Heide Schmidt, sowie einigen Repräsentanten der Schweizer Freisinnigen sagten die deutschen Liberalen nach dem peinlichen Debakel um die Cannstatter Veranstaltung ebenfalls ab.

Nach der Wahl aber ist der Rechtsaußen der FDP wieder willkommen. Die Lokalfunktionäre in Bad Cannstatt haben Haider bereits für den Mai eingeladen. Lambsdorff will ihm dann laut Parteisprecher Goebel „Contra geben“.

Allzu harsch dürfte die Kontroverse nicht ausfallen – dazu gibt es zwischen Haider und den deutschen Spitzenliberalen zu viele Gemeinsamkeiten.

Gute Zusammenarbeit gelobten schon im Sommer 1989 Lambsdorff und der damalige Bonner Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick bei einem Treffen mit Haider in Salzburg. Die beiden FDP-Vorstandsherren würdigten damals ausdrücklich Haiders Einsatz für Privatisierung und Deregulierung in Österreich.

Seither hat sich Lambsdorff „noch ein-, zweimal“ mit Haider getroffen, wie Sprecher Goebel bestätigt. Zum Erfolg Ende 1991 bei den Wiener Landtagswahlen (22,6 Prozent) sandte der deutsche Parteichef der FPÖ, die 1955 aus einer Alt-Nazi-Vereinigung hervorgegangen ist, herzliche Glückwünsche.

Und wann immer bisher andere Parteien in der LI – etwa die niederländische VVD, die britische United Kingdom Party, die schwedische Folkpartiet oder die israelische liberale Partei – vor der FPÖ warnten oder ihren Ausschluss forderten, hielt Lambsdorff seine Hand über die Haider-Leute, so auch, nachdem Haider im Juni 1991 die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich als „ordentlich“ bezeichnet hatte.

Bei einer LI-Vorstandssitzung Ende vergangenen Jahres in Warschau verlegte sich Lambsdorff aufs Vermitteln zwischen der FPÖ und ihren Kritikern. Die Haider-Partei durfte danach Mitglied im Liberalen-Club bleiben, muß aber für zwei Jahre ihr Stimmrecht ruhen lassen – um „aus einer gewissen Distanz beweisen zu können, daß sie keine rechtsextreme Partei ist“, wie die Wiener Tageszeitung *Die Presse* süffisant schrieb.

Daß die FDP-Spitze letzte Woche aus wahltaktischen Gründen die Stuttgarter Haider-Freunde kritisierte, hat die gemäßigte Basis verstimmt. „Alles scheinheilig“, mosert Ortsvorsitzender Roth, der vor der Einladung für Haider den Rat von FDP-Fraktionschef Solms eingeholt hatte.

Der Rechtsliberale Roth läßt sich von seiner Bewunderung für den rechtspopulistischen Haider nicht abbringen: „Der führt vor, wie man Mehrheiten holt.“

## Weder tot noch lebend

Im Haus des thüringischen Sozialministers Axthelm häufen sich Pannen und Peinlichkeiten – der CDU-Politiker wird zur Belastung für das Kabinett Vogel.

**W**enn in Thüringen die Rede auf den christdemokratischen Gesundheits- und Sozialminister Hans-Henning Axthelm, 50, kommt, reagieren Oppositionspolitiker mit brücker Ablehnung und Koalitionspartner mit ätzender Kritik. Parteifreunde verdrehen die Augen.

„Was der gebracht hat, ist erschreckend wenig“, urteilt die Sozialdemokratin Irene Ruth Ellenberger, Vorsitzende des parlamentarischen Gesundheitsausschusses: Von 19 Gesetzentwürfen, die Axthelm bis zum letzten Sommer vollmundig angekündigt hatte, sind gerade mal zwei in den Landtag eingebracht worden.

Für eine „glatte Fehlbesetzung“ hält der thüringische FDP-Fraktionschef Andreas Kniepert den früheren Arzt, der 1959 der CDU/Ost beitrug. „Der Axthelm ist eine Blockflöte“, schimpft Kniepert, dessen Partei gemeinsam mit der CDU regiert, „der muß weg.“

„Der Minister tut das Gute eben im Verborgenen“, mutmaßt eine Parteifreundin des Ministers, die CDU-Abgeordnete Johanna Arenhövel. Der aus Rheinland-Pfalz importierte Ministerpräsident Bernhard Vogel, der den

glücklosen Axthelm „mangels Kenntnis“ (so ein Berater) aus dem Kabinett seines zurückgetretenen Vorgängers Josef Duchač übernommen hat, hält sich mit öffentlichen Bewertungen zurück.

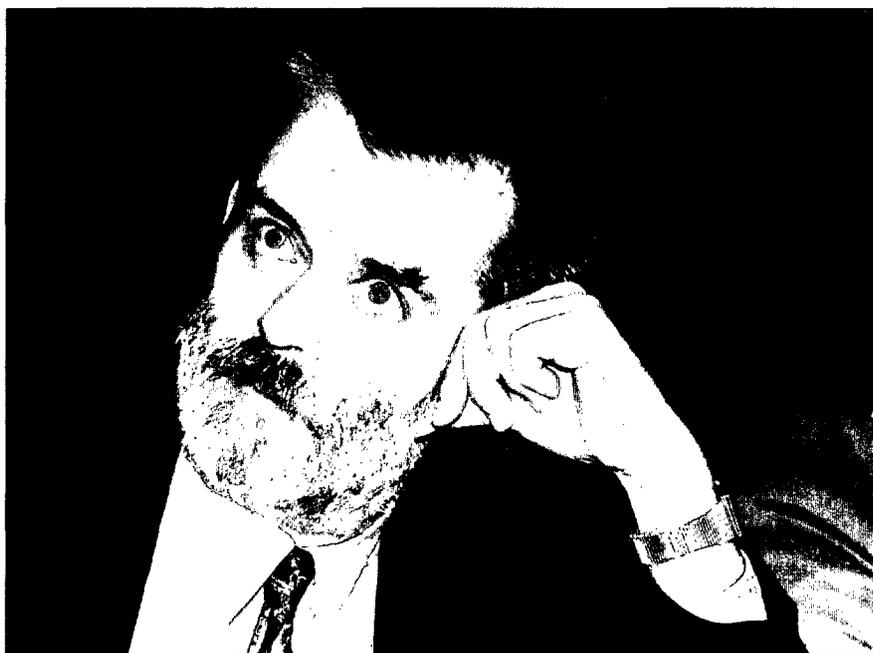
Für Vogels Koalitionsregierung wird die Serie der Pannen und Peinlichkeiten im Hause Axthelm zunehmend zur Belastung. Letzte Woche erst beauftragte der Haushaltsausschuß des Landtages den Erfurter Rechnungshof mit der Überprüfung einer von Axthelm ausgelösten Dienstwagen-Affäre.

Selbstherrlich hatte der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende einem Parteifreund seinen fast neuwertigen Dienstwagen zum Vorzugspreis verkauft – zum Nachteil des Landesetats und entgegen haushaltsrechtlichen Vorschriften (SPIEGEL 10/1992).

Seine Beamten wies der ansonsten auf Sparkurs pochende Christdemokrat an, einen neuen Wagen mit kostspieligen Extras wie einer Arbeitsplatte für 4500 Mark und einem Blaulicht à la Kojak zu besorgen. Als „eigentümlich“ und „ungewöhnlich“ rügte die *Thüringische Landeszeitung* das Verfahren, die *Mitteldeutsche Allgemeine (MA)* sah Axthelms „Ruf arg ramponiert“.

Bei der dringenden Sanierung der thüringischen Kliniken bewies Axthelm bislang nur „Konzeptlosigkeit“ (*Mitteldeutsche Allgemeine*). Zwecks Beratung heuerte der Ratlose ein privates Institut an, dessen Geschäftsführer zur Zeit in München wegen des Verdachts der Vorteilsannahme vor Gericht steht.

In seiner Behörde gibt sich der Mediziner autoritär wie verflossene SED-Größen. Hausinterne Dispute beendet Axthelm gern mit dem Hinweis: „Ich bin der Minister.“ Von der Verwaltung



Erfurter Gesundheitsminister Axthelm: „Arg ramponiert“